

News Archiv 2016

2016-11-22 09:00

[Beamten-Gehaltsverhandlungen gehen in zweite Runde](#)

Die Beamten-Gehaltsverhandlungen gehen heute Nachmittag in die zweite Runde. Mit einem Ergebnis ist eher noch nicht zu rechnen. Es ist vorerst auch noch offen, ob es überhaupt eine konkrete Gewerkschaftsforderung oder ein Regierungsangebot geben wird. Nach der Auftaktrunde vor einer Woche hatten beide Seiten die Erwartung geäußert, dass die jeweils andere Seite den ersten Schritt macht.

Duzdar will „konkreter werden“

Staatssekretärin Muna Duzdar (SPÖ) sagte, sie erwarte für die zweite Runde, „dass wir wesentlich konkreter werden“. Gleichzeitig äußerte sie die Hoffnung, „dass das bisher konstruktive Gesprächsklima erhalten bleibt“.

In der ersten Runde hatten Regierung und Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD) sowie die younion _ Die Daseingewerkschaft die Wirtschaftsdaten außer Streit gestellt. Vom WIFO wurden die Inflation mit 0,75 Prozent und das Wirtschaftswachstum mit 1,7 Prozent für den Zeitraum von Oktober 2015 bis September 2016 als Basis für die Verhandlungen übernommen. Außerdem wurde vereinbart, dass das neue Gehaltsabkommen am 1. Jänner in Kraft treten und ein Jahr gelten soll.

[Read more ... Beamten-Gehaltsverhandlungen gehen in zweite Runde](#)

2016-11-20 10:15

[Familienbeihilfe: Kern für Kürzung bei Kindern im Ausland](#)

Bundeskanzler und SPÖ-Chef Christian Kern spricht sich dafür aus, die Familienbeihilfe für Kinder, die nicht mit ihren Eltern nach Österreich gekommen sind, auf das lokale Niveau zu reduzieren. Umsetzen könne man das freilich nur im Einvernehmen mit den anderen EU-Staaten, erklärte er in einem Interview

mit der „Kleinen Zeitung“ (Sonntag-Ausgabe).

Vorstoß der ÖVP

ÖVP-Regierungsmitglieder hatten Anfang der Woche einen neuen Versuch unternommen, die Familienbeihilfe für Kinder im EU- bzw. EWR-Ausland an die Lebenshaltungskosten im jeweiligen Land anzupassen. In einem Brief an EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker drängten sie auf eine „Indexierung“.

Die SPÖ hatte auf diese Vorgangsweise zunächst verschnupft reagiert; Kanzleramtsminister Thomas Drozda zeigte sich am Dienstag aber zumindest diskussionsbereit. Kern betonte nun in der „Kleinen Zeitung“: „Ich bin dafür, die Familienbeihilfe für Kinder, die nicht mit den Eltern nach Österreich gekommen sind, auf das lokale Niveau in Bulgarien, Rumänien und Ungarn zu reduzieren.“

Kern für Sozialarbeit von Flüchtlingen

Zum Thema Integrationsgesetz hielt der Kanzler weiters fest, dass von Flüchtlingen mit einem positiven Asylbescheid verlangt werden müsse, dass sie die Sprache lernen und etwa freiwillige Arbeit in den Sozialdiensten leisten. Anderenfalls soll es zu einer Streichung von Sozialleistungen - einer Kürzung der Mindestsicherung - kommen.

Kern spricht sich auch klar für eine Begrenzung der Zuwanderung aus, auch wenn das eine „harte Entscheidung“ sei: „Wir müssen auf den Zusammenhalt unserer Gesellschaft achten. Wir dürfen die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen.“

[Read more ... Familienbeihilfe: Kern für Kürzung bei Kindern im Ausland](#)

2016-11-18 07:05

Häupl: „Von Revolution keine Spur“

Trotz jüngster Querelen in der Wiener SPÖ hat Bürgermeister und Landesparteichef Michael Häupl am Donnerstag Gelassenheit signalisiert. Er sagte aber auch, Änderungen im roten Team könne niemand ausschließen.

„Ich will das nicht runterspielen, aber von Revolution ist natürlich überhaupt keine Rede“, sagte Häupl nach der roten Präsidiumssitzung am Donnerstag. Dass an seinem Stuhl gesägt werde, wollte Häupl so nicht interpretiert wissen: „Ein einziger hat gemeint, ich soll meine Nachfolge regeln“, spielte er auf kürzliche Aussagen von Ex-Landespartei sekretär Christian Deutsch an.

Süffisanter Nachsatz: „Seine Nachfolge habe auch ich regeln müssen.“ Auf den Einwurf, Deutsch habe

aber Unterstützer innerhalb der Partei, meinte Häupl lapidar: „Der hat nicht einmal 300 Follower auf Facebook.“ Er wolle jedenfalls beim Wiener SPÖ-Parteitag im Herbst wieder kandidieren, ließ der Bürgermeister wissen.

Wehsely als KAV-Chefin: „Sehr witzig“

Was Personalia betrifft, habe man sich im Präsidium darauf geeinigt, dass der Bürgermeister und Parteichef Vorschläge für Personalentscheidungen mache „und der wird das tun, wann er es für richtig hält“, so Häupl. Ob davon eventuell Stadtregierungsmitglieder - spekuliert wurde zuletzt über eine Abberufung von Gesundheitsstadträtin Sonja Wehsely - treffen könnten, wollte Häupl nicht kommentieren.

Angesprochen auf das Gerücht, dass Wehsely den Krankenanstaltenverbund nach seiner etwaigen Ausgliederung leiten könnte, war Häupls kurzer Kommentar nur: „Sehr witzig“. Ob er Änderungen in der roten Mannschaft ausschließe? „Das kann niemand“, hielt er sich bedeckt.

„Ich meine, dass sich das, was sich in der Wiener SPÖ in der Personaldiskussion in den letzten Tagen so abgespielt hat, obwohl ich das nicht überbewerten will, das nicht gerade dienlich gewesen ist. Jeder kann natürlich sagen, was er will, ich hab niemals einen Maulkorb verhängt, obwohl mir das unterstellt wurde, aber jeder muss wissen, was er tut. Und wenn er die Interessen der Partei und natürlich auch der Stadt im Auge behält, dann wird man sich überlegen müssen, in welcher Form man Diskussionen führt.“

Umstrittene Themen bei Tagung im Jänner

Von anderen Genossen wie etwa vom Donaustädter Bezirksvorsteher Ernst Nevrivy zuvor öffentlich geäußerte Kritik könne er verstehen, sagte Häupl. Deshalb wird die Wiener SPÖ im Jänner eine Vorstandstagung abhalten, wo umstrittene Themen besprochen werden sollen. Als Beispiel nannte er die Integration, wobei die Grundhaltung der Rathaus-Roten außer Frage stehe. Vielmehr gehe es darum, wie diese Position dann konkret in den Bezirken und Grätzeln umgesetzt werden kann.

Einen rechten und linken Flügel kann Häupl in der eigenen Partei nicht erkennen. "Die Unterschiede in den Integrationsauffassungen von Stadträtin Sonja Wehsely und Stadträtin Michael Ludwig bringt man nicht einmal auf die Schmalseite eines Blatts Papier. Und dass eine Annäherung oder gar eine Koalition mit der FPÖ weiterhin nicht zur Diskussion stehe, sei eine „sehr einhellige Meinung“.

[Read more ... Häupl: „Von Revolution keine Spur“](#)

2016-11-17 09:09

[Für 2017 sieben Mrd. Euro für Familien veranschlagt](#)

Fast sieben Mrd. Euro werden im Budget 2017 für Familien zur Verfügung gestellt. Die Summe entspricht 8,9 Prozent des gesamten Bundeshaushalts und ist damit hinter Pensionen, Bildung und Soziales der größte Ausgabenposten der Republik.

Noch nie seien so viele öffentliche Mittel in die Familien investiert worden, freute sich Ressortchefin Sophie Karmasin gestern im Budgetausschuss.

Sattes Defizit im FLAF

Deutlich Steigerungen wird es, so Karmasin laut Parlamentskorrespondenz, bei Familienbeihilfe und Kinderbetreuungsgeld geben, auch in den Ausbau der Kinderbetreuung investiert der Bund weiter.

Die Opposition übte scharfe Kritik an der negativen Entwicklung des Familienlastenausgleichsfonds (FLAF). Durch die Reduktion der Lohnnebenkosten sinken die Einnahmen stark, 2017 wird mit einem Defizit in der Höhe von 102 Mio. und 2018 mit 456 Mio. Euro gerechnet. Die Ministerin verwies darauf, dass eine Arbeitsgruppe eingerichtet wurde, die Reformvorschläge erarbeiten soll. Außerdem wurde der Wirtschaftsexperte Ulrich Schuh (EcoAustria) mit der Erstellung einer Studie beauftragt.

[Read more ... Für 2017 sieben Mrd. Euro für Familien veranschlagt](#)

2016-11-11 12:47

[SPÖ-Stöger: Vorgangsweise der BAWAG sei „klar gesetzwidrig“](#)

Kleingedrucktes verrät Absicht

Die BAWAG bekommt wegen ihrer neuen Kontomodelle, bei denen die Kunden teils schon ab der zweiten Automatentransaktion eine Gebühr zahlen müssen, nun auch juristischen Ärger. Konsumentenschutzminister Alois Stöger (SPÖ) beauftragte den Verein für Konsumenteninformation (VKI), eine Verbandsklage einzubringen. Die Vorgangsweise der BAWAG sei „klar gesetzwidrig“, so Stöger am Freitag.

Als Automatentransaktion gilt unter anderem die Geldbehebung am Bankomaten, wie im Kleingedruckten steht. Bei der Klage geht es nicht um Bankomatgebühren an sich, sondern um die Umstellung einiger BAWAG-Kunden mit alten Billigkonten auf neue, teurere Modelle. Dabei habe die Bank zweimal gegen Gesetze verstoßen, teilte das Konsumentenschutzministerium der APA am Freitag mit.

Konsumentenschutzminister Stöger nahm am Freitag das Wort Bankomatgebühr nicht in den Mund.

Gebühr fast verdoppelt

Die BAWAG hat rund 20.000 Kunden mit billigen alten Konten mit Kündigung gedroht, wenn sie nicht auf ein neues „KontoBox“-Modell umsteigen. Die neuen Konten sind um einiges teurer. Laut Rechnung der Arbeiterkammer (AK) kostete das günstigste BAWAG-Konto im Vorjahr bei jährlich 280 Buchungen 88 Euro, jetzt sind es knapp 150 Euro. Dabei ist beim günstigsten neuen Modell, das fix 4,90 Euro im Monat kostet, nur eine Automatentransaktion im Monat inkludiert, jede weitere kommt auf 39 Cent. Die neuen Kontomodelle der BAWAG gibt es bereits seit 4. Februar.

Aufgrund des Transparenzgebots im Konsumentenschutzgesetz (KSchG) müsste die BAWAG im Änderungsangebot anführen, welche konkreten Entgelte und Leistungen sich in welchem Umfang ändern sollen. „Das Änderungsangebot enthält diesbezüglich aber überhaupt keine Erläuterung oder Informationen, sondern erweckt sogar den Eindruck, der Verbraucher würde sich durch einen Umstieg auf das angebotene Kontomodell etwas ersparen, obwohl sich die Kontokosten tatsächlich um ein Vielfaches erhöhen“, hieß es aus dem Ministerium.

Nicht an Fristen gehalten

Außerdem müsste die BAWAG gemäß Zahlungsdienstegesetz (ZaDiG) bei Vertragsänderungsangeboten eine Ankündigungsfrist von mindestens zwei Monaten einhalten, so der Minister. „Das bedeutet, dass für den Verbraucher nachteilige Änderungen frühestens zwei Monate nach dem Angebot in Kraft treten dürfen. Nach dem vorliegenden Angebot sollen die Änderungen aber sofort wirksam werden, sobald der Verbraucher das Änderungsangebot angenommen hat.“

Der VKI wird nun im Auftrag des Ministeriums bei Gericht Unterlassungsansprüche gemäß Konsumentenschutzgesetz geltend machen, also eine Verbandsklage einbringen. Wenn die Gerichte der Klage stattgeben, wovon laut Stöger auszugehen ist, da die Gesetzesverstöße eindeutig seien, darf die BAWAG bei den umgestellten Konten die neuen oder erhöhten Entgelte nicht mehr verrechnen und muss bereits verrechnete Gebühren dem Verbraucher zurückzahlen.

BAWAG wehrt sich gegen „Bankomatgebühr“

„Wenn die Bank das nicht freiwillig macht, können wir gegen sie mit dem Urteil Exekutionen führen“, so Stöger. „Allerdings können wir natürlich nicht verhindern, dass die BAWAG PSK solche Konten dann unter Einhaltung einer Frist von zwei Monaten kündigt“, schränkte der Minister ein.

Die BAWAG wollte am Donnerstag die Bargeldbehebungsentgelte bei den neuen Konten nicht als „Bankomatgebühr“ verstanden wissen. „Wir führen keine Bankomatgebühr ein“, teilte die Bank am Abend mit. Und: 35 Prozent der BAWAG-Kunden nützten Automaten nur einmal im Monat.

Wettbewerbsbehörde prüft Drittanbieter

Das Thema Bankomatgebühren beschäftigt die Bundeswettbewerbsbehörde (BWB) schon seit Monaten. Die Wettbewerbshüter prüfen, ob Bankomat-Fremdanbieter einen Wettbewerbsvorteil gegenüber Banken haben, und haben dazu sowohl Banken als auch Kunden befragt. „Die Ergebnisse liegen nun vor“, so die BWB am Freitag zur APA. Derzeit werden die Ergebnisse analysiert. Noch heuer will die BWB damit fertig werden.

Im Juli hatte die Behörde mitgeteilt, dass es so scheine, dass die heimischen Banken die Bankomatgebühren der Drittanbieter und somit ihre eigenen Rivalen finanzieren. Die Drittanbieter wie die US-Firma Euronet, die seit ein paar Monaten bereits eine Bankomatgebühr verrechnet, sind nicht Teil des großen österreichischen Bankomatkreislaufs. Bei Abhebungen von Drittanbietergeräten fallen Kosten an, die von der Hausbank zu tragen sind. In Österreich gibt es laut APA rund 8.800 Bankomaten, an 70 davon

verlangt Euronet Bankomatgebühren.

FPÖ und Grüne für Gebührenverbot

Unterdessen wird der Ruf nach einem Gebührenverbot erneut lauter. FPÖ-Konsumentenschutzsprecher Peter Wurm sieht in dem Vorstoß der BAWAG, „Bankomatgebühren durch die Hintertür einzuführen“, einen „konsumentenschutzpolitischen Skandal der Sonderklasse“. Der FPÖ-Abgeordnete will daher im Rahmen der Budgetdebatte erneut einen entsprechenden Gesetzesantrag im Nationalrat einbringen, wie er in einer Aussendung ankündigte.

Ein Gesetz gegen Bankomatgebühren noch vor Weihnachten wünscht sich die grüne Konsumentenschutzsprecherin Berivan Aslan. „Ich fordere alle Parteien, ganz besonders aber die ÖVP auf, wieder an den Verhandlungstisch zurückzukehren.“ Auch der Pensionistenverband (PVÖ) meint, Schelling solle die Blockade gegen sein Gesetz aufgeben, die BAWAG-Vorgehensweise sei ein „Tabubruch“.

Stöger will seit längerem Zusatzgebühren gesetzlich verbieten, der Koalitionspartner ÖVP ist aber wie die Banken dagegen, vorstellbar ist für die ÖVP höchstens eine Kennzeichnung von Gebühren. 2017 soll eine Neuregelung zum Umgang mit Bankomatgebühren kommen, weil Österreich eine EU-Richtlinie dazu umsetzen muss.

[Read more ... SPÖ-Stöger: Vorgangsweise der BAWAG sei „klar gesetzwidrig“](#)

2016-11-05 13:08

Beamten-Gehaltsverhandlungen starten am 15. November

Nach den Metallern und den Handelsangestellten steigt der öffentliche Dienst als dritte große Berufsgruppe in den Ring: Am 15. November starten die Beamten-Gehaltsverhandlungen. Erstmals wird die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD) nach dem Rückzug von Fritz Neugebauer vom neuen Vorsitzenden Norbert Schnedl angeführt.

In ihrem Brief mit der Bitte um Aufnahme der Verhandlungen hatten die GÖD und die younion _ Die Daseinsgewerkschaft noch ohne eine konkrete Zahl zu nennen angekündigt, sie wollen heuer auch die besonderen Belastungen durch die Flüchtlingskrise abgegolten haben. Traditionell wird gefordert, „eine nachhaltige Werterhaltung und -entwicklung sicherzustellen und die Kaufkraft dauerhaft zu stärken“. Basis dafür sollen wie immer die Inflationsrate (Oktober 2015 bis einschließlich September 2016) und das Wirtschaftswachstum für das Jahr 2016 sein.

1,68 Prozent mehr für Metaller

Schnedl hatte bereits unmittelbar nach seiner Wahl „einen ordentlichen Gehaltsabschluss für die ordentlichen Leistungen der öffentlich Bediensteten“ gefordert. Auf die Frage, ob sich die Beamten an den Metaller orientieren werden, hatte Schnedl erklärt, die GÖD und die younion haben dafür ihre eigenen Parameter. Die Metaller hatten zunächst drei Prozent gefordert und nun mit durchschnittlich 1,68 Prozent abgeschlossen.

Für heuer hatten die Beamten eine Gehaltserhöhung um 1,3 Prozent bekommen. Die Einigung war im Herbst des Vorjahres ungewöhnlich rasch schon in der dritten Verhandlungsrunde erzielt worden.

[Read more ... Beamten-Gehaltsverhandlungen starten am 15. November](#)

2016-11-02 20:49

[Gewerbereform: Koalition einigt sich auf Minireform](#)

Entwurf soll bald in Begutachtung

Die SPÖ-ÖVP-Koalition hat sich doch noch auf eine Novelle der Gewerbeordnung geeinigt. Die groß angekündigte Reform blieb aber aus. Laut Bundesregierung wird vieles einfacher und günstiger. Kanzler Christian Kern (SPÖ) und Vizekanzler Reinhold Mitterlehner (ÖVP) verteidigten am Mittwoch die Änderungen. Verhandelt wurde bis kurz vor der Regierungssitzung.

Deshalb soll der Entwurf erst Ende dieser Woche in Begutachtung geschickt werden, da die Ergebnisse noch formal eingearbeitet werden müssen. In dieser Zeit soll noch weiterverhandelt werden. Sozialminister Alois Stöger (SPÖ), der an der Reform mitarbeitete, sagte nach der Regierungssitzung, dass es zwischen SPÖ und ÖVP noch unterschiedliche Positionen gebe. In der Kabinettsitzung sei die Gewerbeordnung nur „informell“ ein Thema gewesen.

„Druck auf Wirtschaftskammer“

Der dann überraschend von Kern und Mitterlehner doch noch präsentierte Kompromiss entspricht in etwa den schon in den letzten Tagen öffentlich kolportierten Vorschlägen des Wirtschaftsministeriums. Kern bezeichnete den Begutachtungsentwurf als Diskussionsgrundlage. Die Liste der 80 reglementierten Gewerbe will er „nochmals gemeinsam durchgehen“. Er hält 16 davon für gänzlich deregulierbar, bei zwölf weiteren Gewerben kann er sich einen leichteren Zugang vorstellen.

Eine der am Mittwoch vorgestellten Änderungen betrifft die Nebenrechte, die ausgeweitet werden - auf 30 Prozent bei den freien Gewerben und auf 15 Prozent bei den reglementierten. Mitterlehner sagte, mit dieser Ausdehnung der Nebenrechte erhöhe man auch den Druck auf die Wirtschaftskammer für Reformen, da insgesamt mit weniger Anmeldungen und damit mit weniger Kammerumlagen zu rechnen sei.

Anmeldegebühr fällt weg

Die Anmeldegebühr von 70 Euro pro Gewerbe, die gegenüber dem Staat zu entrichten ist, fällt künftig weg. Die Grundumlage und das Senken der Beiträge hingegen seien Angelegenheit der Wirtschaftskammer, so Mitterlehner. Ein Einfluss wäre hier nur mit Verfassungsmehrheit zu erreichen. Die Mitgliedschaft in den WKÖ-Fachgruppen verteidigte Mitterlehner. Diese Deklaration sei wichtig für die Lehrlingsausbildung und die Zuordnung zu Kollektivverträgen. „Wir stellen damit das System nicht komplett auf den Kopf“, sagte Mitterlehner.

Doch kein einheitlicher Gewerbeschein

Im Juli hatte Mitterlehner noch gesagt, dass ein einziger Gewerbeschein die Ausübung aller 440 freien Gewerbe ermöglichen soll. Dass das so nun doch nicht kommt, rechtfertigte Mitterlehner eben mit der nötigen Deklaration. Es könnten künftig aber mehrere oder alle Gewerbe auf einmal gratis angemeldet werden, und auch die erweiterten Nebenrechte würden dem Prinzip eines einzigen Gewerbescheins für alle freien Gewerbe entgegenkommen.

Gewerkschaftssorgen für Kern „lösbar“

Die Sorge der Gewerkschaft in Bezug auf Lehrlingsausbildung und Kollektivverträge ist aus Kerns Sicht unbegründet. „Das lässt sich gut lösen“, so Kern. Dass auch die Gewerkschaft bei der Reform der Gewerbeordnung gebremst habe, sei ein „absoluter Mythos“. Es gebe aber unterschiedliche Standpunkte. „Es gibt eine SPÖ-Position und es gibt eine Gewerkschaftsposition. Man wird sich daran gewöhnen müssen“, sagte Kern. Mitterlehner sagte, Interessenvertretungen seien „intensiv einzubeziehen“.

Von der ebenfalls vereinbarten Vereinfachung des Betriebsanlagenrechts ist laut Mitterlehner jeder zweite Unternehmer positiv betroffen. Da hier auch Länderkompetenzen tangiert würden, sei bei Teilen davon eine Verfassungsmehrheit nötig.

Kern: Kein Koalitionsstreit

Einen Koalitionsstreit wegen der Gewerbeordnung stellte Kern in Abrede. Er wehrte sich dagegen, einen „Showdown“ zu konstruieren. Man werde sich daran gewöhnen müssen, dass unterschiedliche Standpunkte nicht zu einem Ende der Koalition führen. Kern versicherte, dass auch die Reform der Sozialversicherung nicht vergessen sei, man werde sich dem Thema im ersten Halbjahr 2017 widmen.

[Read more ... Gewerbereform: Koalition einigt sich auf Minireform](#)

2016-11-02 10:46

[AK zu Arbeitsmarktdaten: Mehr Chancen für die Jungen](#)

Es gibt keine Gruppe auf dem Arbeitsmarkt, die nicht von steigender Arbeitslosigkeit betroffen ist, so auch die Jugendlichen und die Gruppe der jungen Erwachsenen. Am schwierigsten ist die Situation für jene, die keinen Berufsabschluss vorweisen können. Sie haben die schlechtesten Karten und die geringsten Chancen, auf dem Arbeitsmarkt nachhaltig Fuß fassen zu können.

Mit der Ausbildungspflicht bis 18 und der kürzlich beschlossenen Ausbildungsgarantie bis 25 Jahre wurden arbeitsmarktpolitisch die richtigen Weichen gestellt. Jetzt, fordert die AK, müssen sich auch die Bildungs- und Wirtschaftspolitik verstärkt in diese Prozesse einklinken. In der Schule müssen flächendeckende Programme zum Einsatz kommen, die Jugendliche dabei unterstützen, ihren Bildungsweg nicht abzubrechen. Gleiches gilt für die Lehre, hier braucht es in der betrieblichen Ausbildung ein Qualitätssicherungssystem, damit mehr Jugendliche die duale Ausbildung erfolgreich abschließen. Auch das Jugendcoaching, das die Jugendlichen beim Übergang von der Schule in die weiteren Ausbildungsmöglichkeiten unterstützt, muss so ausgebaut werden, dass es in jeder Schule zur Verfügung steht. Es muss sichergestellt werden, dass die Jugendlichen, die das brauchen, bis zum Abschluss einer Ausbildung auch begleitet werden.

Als notwendige Innovation fordert die AK die Etablierung einer zweiten Ausbildungschance in Form eines Qualifizierungsgeldes. Dabei sollen die bisherigen Leistungen Weiterbildungsgeld, Bildungsteilzeit und Fachkräftestipendium zu einem existenzsichernden Qualifizierungsgeld weiterentwickelt werden. Das Qualifizierungsgeld soll jenen eine zweite Chance bieten, die weitere Ausbildungsschritte brauchen, um auf dem Arbeitsmarkt bestehen zu können.

Als existenzielle Absicherung während der Ausbildung soll ein Rechtsanspruch auf das Qualifizierungsgeld in Höhe zumindest der Mindestsicherung zustehen. Voraussetzung dafür ist, dass diese ArbeitnehmerInnen bereits mehrere Jahre erwerbstätig waren. Möglich sollen jedenfalls alle Ausbildungen sein, die zu einem anerkannten Abschluss führen oder als Modul dazu dienen.

[Read more ... AK zu Arbeitsmarktdaten: Mehr Chancen für die Jungen](#)

2016-11-01 09:17

[SPÖ-Klubtagung im Zeichen der IT-Wirtschaft](#)

Die SPÖ will weiter bei Wirtschaftsthemen an Boden gewinnen. Die Herbstklausur des SPÖ-Parlamentsklubs widmet sich kommende Woche im Wiener MuseumsQuartier ganz der Digitalisierung und den Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort Österreich.

Konkret will der Parlamentsklub beraten, wie sich die fortschreitende Digitalisierung auf die Menschen auswirkt und wie man verhindert, dass nur eine kleine Elite von den Entwicklungen profitiert. Gemeinsam

mit Experten, Unternehmern und Gewerkschaftern sollen die politischen Rahmenbedingungen, die es für einen erfolgreichen Industrie- und Wirtschaftsstandort braucht, definiert werden.

Als Referent hat sich Bundeskanzler und Parteichef Christian Kern selbst angekündigt. Dazu werden neben Klubchef Andreas Schieder auch die Minister Sonja Hammerschmid, Thomas Drozda, Alois Stöger und Jörg Leichtfried sowie Staatssekretärin Muna Duzdar das Wort ergreifen. Von außen Impulse kommen von Vertretern von ÖGB und Arbeiterkammer sowie von Katharina Klausberger, Geschäftsführerin der Onlinemarktplatz-Plattform shpock.

[Read more ... SPÖ-Klubtagung im Zeichen der IT-Wirtschaft](#)

2016-10-30 09:56

[Foglar will Mindestsicherung teilweise erhöhen](#)

Der Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB) Erich Foglar spricht sich für eine Erhöhung der Mindestsicherung für Einzelpersonen und Paare aus. Im Ö1-Mittagsjournal sagte er gestern, ein entsprechender Beschluss des ÖGB-Vorstandes vom Frühsommer sei nach wie vor aufrecht. Dieser würde eine Erhöhung von derzeit knapp 838 Euro auf rund 883 Euro pro Monate vorsehen.

Foglar verwies darauf, dass die derzeitige Höhe der Mindestsicherung „gerade noch Armut vermeidet“. Der ÖGB habe das Ziel, keine Armut im Land zu haben, sagte der Präsident, darin sei die Forderung begründet.

„Pass und Herkunft“ kein Kriterium

Angesprochen auf die Mindestsicherungsverhandlungen mit den Bundesländern meinte Foglar, er könne sich notfalls auch vorstellen, nur mit sieben Bundesländern eine einheitliche Regelung zu schaffen - ohne Nieder- und Oberösterreich, die schärfere Regeln haben. Aber: „Auch sieben plus zwei ist keine einheitliche Mindestsicherungslösung. Aber bevor es ganz zerfällt, wäre es sicher die weniger schlechte Lösung.“

Einmal mehr stellte sich Foglar gegen Bestrebungen, die Mindestsicherung etwa für Asylberechtigte zu kürzen: „Es gibt nur eine Mindestsicherung, und wir wenden uns auch ganz klar gegen Vorschläge und Intentionen, die Mindestsicherung nach Nationalität und Pass und Herkunft zu teilen.“ Mindestsicherung bedeute, dass alle Menschen diese als Überbrückungshilfe bekommen.

- [« First](#)
- [Previous](#)
- [1](#)
- [2](#)
- 3
- [4](#)
- [5](#)
- [6](#)
- [7](#)
- [Next](#)
- [Last »](#)